

Verlautbarung des Pressedienstes der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz vom 12. Januar 1987.  
Verfasser des Artikels ist der damalige Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz Nationalrat Helmut Hubacher

## **KAMPFFLUGZEUGBESCHAFFUNG: IRRTUM AUS UEBERZEUGUNG**

H.H. Der neue Chef der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen, Korpskommandant Walter Dürig, muss pressieren. Er wird Ende 1989, das heisst nach nur drei Jahren bereits pensioniert. Schon sein Vorgänger war als Kommandant lediglich drei Jahre im Amt. Auf eine parlamentarische Anfrage, ob es eigentlich sinnvoll sei, (zu) häufig "Grossväter" auf höchste Kommandoposten zu wählen, das heisst, ob es nicht klüger wäre, tüchtige Anwärter früher einzusetzen, wick der Bundesrat auf Vorlage des EMD aus. Das nur als Vorbemerkung.

Flieger"general" Dürig hat schon am zweiten Arbeitstag seine Wunschliste vorgelegt. Die 50 Mirage-Kampfflugzeuge sollen ersetzt werden. Offerten für ein neues Kampfflugzeug liegen aus USA, Frankreich, Israel und Schweden vor. "Vor allem das schwedische Projekt ist aus neutralitäts- und rüstungspolitischen Gründen für die Schweiz von besonderem Interesse", erklärt Dürig im Tages-Anzeiger. Die schwedische Karte wird in solchen Beschaffungsfällen beinahe regelmässig vorgezeigt aber praktisch nie gespielt. Daran dürfte sich vermutlich kaum etwas ändern. Das "neutralitäts- und rüstungspolitisch" interessante Schweden kam bisher über den Status des nur scheinbar ernsthaften Konkurrenten nie hinaus. Die mögliche Zusammenarbeit zwischen neutralen Staaten wurde stets handfesteren Interessen geopfert. Helvetische Neutralität wird eben militärpolitisch "grosszügig" interpretiert.

Korpskommandant Dürig möchte die Kampfflugzeugvorlage in seiner kurzen Amtszeit beschaffungsreif übergeben. "Erfreulich ist", meint er, "dass in der Schweiz von keiner Seite das militärische Bedürfnis nach einem neuen Kampfflugzeug bestritten wird". Einspruch! Bei der Diskussion über das Armeeleitbild für 1983 und die folgenden Jahre hat die SP-Fraktion deutliche Vorbehalte zu einem neuen Kampfflugzeug deponiert. Abzuklären sind Kosten-Nutzen-Überlegungen oder Prioritäten im Einsatz der verfügbaren Finanzen. Die moderne Militärtechnologie wird immer teurer und zwingt einen Kleinstaat zur Konzentration der Kräfte. Das ist der eine Aspekt. Der andere: Wir müssen endlich begreifen lernen, dass neben der militärischen Landesverteidigung die Umwelt-Land-Verteidigung immer dringender und aufwendiger wird. Zur Überlebensstrategie gehört zunehmend die Umweltsanierung. Die Heimat braucht nicht einfach nur Panzer oder Kampfflugzeuge, sondern, und das im heutigen Zeitpunkt vor allem, gesunde Wälder, Luft, Gewässer und Böden, das heisst, ein gesundes Land. Der Ernstfall passierte in Schweizerhalle, die Bedrohung kommt von der Umwelt, nötigenfalls sollte die Armee eine möglichst intakte Heimat und nicht eine kaputte Umwelt verteidigen müssen.

Diese Zusammenhänge gilt es zu beachten, wenn Flugzeug-Milliarden zur Diskussion stehen. Das Stimmvolk sollte dabei mitreden können. Deshalb hat die SPS die Initiative Rüstungsreferendum lanciert. Das letzte Wort gehört denen, die in diesem Land leben und die dafür gemäss Bundesverfassung verantwortlich sind.

SPI/219/12.1.87

**Beilage:**  
Originaldokument

12. 1. 87

**KAMPFFLUGZEUGBESCHAFFUNG: IRRTUM AUS UEBERZEUGUNG**

---

H.H. Der neue Chef der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen, Korpskommandant Walter Dürig, muss pressieren. Er wird Ende 1989, das heisst nach nur drei Jahren bereits pensioniert. Schon sein Vorgänger war als Kommandant lediglich drei Jahre im Amt. Auf eine parlamentarische Anfrage, ob es eigentlich sinnvoll sei, (zu) häufig "Grossväter" auf höchste Kommandoposten zu wählen, das heisst, ob es nicht klüger wäre, tüchtige Anwärter früher einzusetzen, wick der Bundesrat auf Vorlage des EMD aus. Das nur als Vorbemerkung.

Flieger"general" Dürig hat schon am zweiten Arbeitstag seine Wunschliste vorgelegt. Die 50 Mirage-Kampfflugzeuge sollen ersetzt werden. Offerten für ein neues Kampf-  
flugzeug liegen aus USA, Frankreich, Israel und Schweden vor. "Vor allem das schwe-  
dische Projekt ist aus neutralitäts- und rüstungspolitischen Gründen für die Schweiz  
von besonderem Interesse", erklärt Dürig im Tages-Anzeiger. Die schwedische Karte  
wird in solchen Beschaffungsfällen beinahe regelmässig vorgezeigt aber praktisch nie  
gespielt. Daran dürfte sich vermutlich kaum etwas ändern. Das "neutralitäts- und  
rüstungspolitisch" interessante Schweden kam bisher über den Status des nur schein-  
bar ernsthaften Konkurrenten nie hinaus. Die mögliche Zusammenarbeit zwischen  
neutralen Staaten wurde stets handfesteren Interessen geopfert. Helvetische Neutrali-  
tät wird eben militärpolitisch "grosszügig" interpretiert.

Korpskommandant Dürig möchte die Kampfflugzeugvorlage in seiner kurzen Amts-  
zeit beschaffungsreif übergeben. "Erfreulich ist", meint er, "dass in der Schweiz von  
keiner Seite das militärische Bedürfnis nach einem neuen Kampfflugzeug bestritten  
wird". Einspruch! Bei der Diskussion über das Armeeleitbild für 1983 und die folgen-  
den Jahre hat die SP-Fraktion deutliche Vorbehalte zu einem neuen Kampfflugzeug  
deponiert. Abzuklären sind Kosten-Nutzen-Ueberlegungen oder Prioritäten im Einsatz  
der verfügbaren Finanzen. Die moderne Militärtechnologie wird immer teurer und  
zwingt einen Kleinstaat zur Konzentration der Kräfte. Das ist der eine Aspekt. Der  
andere: Wir müssen endlich begreifen lernen, dass neben der militärischen Landes-  
verteidigung die Umwelt-Land-Verteidigung immer dringender und aufwendiger wird. Zur  
Ueberlebensstrategie gehört zunehmend die Umweltsanierung. Die Heimat braucht  
nicht einfach nur Panzer oder Kampfflugzeuge, sondern, und das im heutigen Zeit-  
punkt vor allem, gesunde Wälder, Luft, Gewässer und Böden, das heisst, ein gesundes  
Land. Der Ernstfall passierte in Schweizerhalle, die Bedrohung kommt von der Um-  
welt, nötigenfalls sollte die Armee eine möglichst intakte Heimat und nicht eine ka-  
putte Umwelt verteidigen müssen.

Diese Zusammenhänge gilt es zu beachten, wenn Flugzeug-Milliarden zur Diskussion  
stehen. Das Stimmvolk sollte dabei mitreden können. Deshalb hat die SPS die Initia-  
tive Rüstungsreferendum lanciert. Das letzte Wort gehört denen, die in diesem Land  
leben und die dafür gemäss Bundesverfassung verantwortlich sind.